

Liberales Argumente

- Nr. 25 / 11. April 2008 / 16. WP
- Rentenanpassung 2008

Rentanpassung nimmt zuviel und gibt zu wenig

Anfang April hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Rentenanpassung zum 1. Juli 2008 beschlossen. Die Rentenerhöhung um 1,1 Prozent kommt für die FDP-Bundestagsfraktion einem schweren rentensystematischen Sündenfall gleich.

1. Die Rentenanpassung nimmt einerseits das Vertrauen in die Rentenformel und die nachhaltige Finanzierung der Rente. Andererseits gibt sie den Rentnern nicht einmal genug, um die Inflation auszugleichen. Sie nimmt daher zu viel und gibt zu wenig.

2. Die Regierung hat die **Rentner seit ihrem Antritt 2005 deutlich belastet:**

- Erhöhung Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte
- Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages am 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte
- Steigende Energiekosten durch fehlenden Wettbewerb
- Die steigenden Staatsausgaben und Steuererhöhungen haben die Inflation auf ein Rekordhoch seit der Einführung des Euro getrieben, Anfang 2008 um fast 3 Prozent
- Aus der Rentenversicherung wurden 2007 etwa 2 Milliarden Euro abgezogen, um den Bundeshaushalt scheinbar zu sanieren. In der Folge stieg der Rentenversicherungsbeitrag um 0,4 Prozentpunkte auf 19,9 Prozent. Dies bremste die Rentenanpassung 2008 um 0,4 Prozentpunkte.
- Nichtabzugsfähigkeit für Steuerberaterkosten, seit 2005 müssen auch Renten versteuert werden
- Anhebung der Versicherungssteuer auf 19 Prozent (Kfz-Haftpflicht, Unfall, Hausrat)
- Halbierung Sparerfreibetrag von 2.740 Euro auf 1.240 Euro
- Besteuerung von biogenen Kraftstoffen: Anstieg der Kraftstoffpreise um 8 Cent

Diese Belastungen übersteigen das, was die Rentenanpassung bringt, bei weitem.

3. Das **Vertrauen** in die Renten schwindet mit einer politischen Renten Anpassung. Die Rentenformel soll alle - Beitragszahler und Rentner - vor Populismus schützen. Der Riesterfaktor sollte eine generationengerechte Lastenverteilung erreichen. Dies wird nun aus tagespolitischen Erwägungen aufgegeben. Die Gefahr auch für die Rentner ist, dass mit ständigen Eingriffen in die Rentenformel auch künftig Entscheidungen zu Lasten der Rentner beschlossen werden können. Die Rentenformel soll jedoch die Rentner auch in schlechten Zeiten schützen.

4. Die **nachhaltige Rentenfinanzierung** wird in Frage gestellt: Bis 2030 soll der Beitragssatz nach bisherigen Planungen auf 22 Prozent steigen. Es besteht die Gefahr, dass dieses Ziel nun nicht mehr eingehalten werden kann. Nach Berechnungen von Prof. Raffelhüschen könnten bis 2030 etwa 115 Milliarden Euro Mehrkosten auf die Rentenversicherung zukommen, wenn der Riesterfaktor ganz ausgesetzt würde, weil auch 2013 wieder eine Bundestagswahl ansteht.

5. Die Rentenformel für die **Anpassung der Renten** im Jahr 2008 hätte eigentlich nur eine Erhöhung der Altersversorgung um knapp ein halbes Prozent ergeben. Die Bundesregierung spendiert nun stattdessen eine Erhöhung um 1,1 Prozent – sowohl in den alten wie auch den neuen Bundesländern. Das entspricht in Westdeutschland einer Erhöhung um mehr als das Doppelte. In den neuen Bundesländern hätte die Anpassung nach der Lohnentwicklung sogar nur bei 0,26 Prozent gelegen. Hier bedeutet der Anstieg der Renten sogar eine Vervierfachung. Für 2009 verspricht die Bundesregierung noch mehr: Laut dem Gesetzentwurf soll dann sogar eine Renten Anpassung von 2,0 Prozent erzielt werden.

6. Um dies zu erreichen, setzt die Bundesregierung kurzerhand den **Riesterfaktor** aus. Dieses Kernelement der Riester-Reform hätte die Renten in diesem Jahr um etwa 0,6 Prozent gebremst. Auch im kommenden Jahr soll dieser Faktor nicht angewendet werden. Ziel des Riesterfaktors ist es, die Rentenausgaben und den Beitragssatz bis 2011 zu senken, damit die Beitragszahler entlastet werden und finanziellen Spielraum zur Altersvorsorge („Riesterrente“) erhalten.

7. Die **Kosten der Veränderung** betragen nach Angaben der Bundesregierung bis 2011 etwa 10 Milliarden Euro: Diese Summe soll von den Beitragszahlern und durch einen Bundeszuschuss finanziert werden. Für 2012 werden bislang keine Kosten ausgewiesen, man muss aber von weiteren 1-2 Milliarden Euro ausgehen. Nach Angaben von Prof. Raffelhüschen liegen die Kosten dieser Rentenerhöhung insgesamt bei 13 Milliarden Euro. Grund für die Differenzen der Berechnungen sind verschiedene Annahmen über die Lohnentwicklung.

8. Diese Veränderungen führen natürlich auch zu einem höheren **Beitragssatz**. Durch den Gesetzentwurf wird der Satz im Jahre 2011 bei 19,9 statt wie bisher geplant bei 19,3 Prozent liegen. In 2012 liegt er bei 19,5 statt geplanten 19,1 Prozent. Ab 2013 stimmen die alten und neuen Beitragssatzplanungen nach der Planung des Gesetzentwurfs wieder überein.

9. Die **Rentenerhöhung fällt für den einzelnen Rentner** dennoch sehr gering aus. Der Standardrentner mit 45 Beitragsjahren und einem Durchschnittslohn von 2.500 Euro monatlich und einer heutigen Rente in Höhe von 1.176 Euro brutto erhält durch die Rentenanpassung 2008 ca. 13 Euro monatlich mehr. Ohne die Rentenanpassung wären das 5,40 Euro gewesen.